

Anzeigen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wuhelmstr. 17)
bei E. A. Alric & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Meseritz bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

Anzeigen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei E. A. Alric & Co.,
Hauptstr. 20, 21,
Kudolph Hofe.
In Berlin, Dresden, Göttingen,
beim „Invalidentank“.

Nr. 347.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt jährlich für die Stadt
Posen 4/6 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 19. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung.

Berlin, 17. Mai. Am Ministertische: v. Goltz.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 M.
Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand
beruht auf die Beratung des folgenden, vom Abg. Dr. Windthorst
gestellten Antrages:

„die Erwartung auszusprechen, die Regierung wolle in Aus-
führung der vom Hause der Abgeordneten am 25. April 1883
gefaßten Resolution dem Landtage nunmehr baldigst und spä-
testens in nächster Session den Entwurf eines Gesetzes, be-
treffend organische Revision der bestehenden kirchenpolitischen
Gesetzgebung, vorlegen.“

Abg. Dr. Windthorst: Die Session ist ihrem Ende nahe und
ich hoffe, sie ist für das Land heilsam gewesen. Nur auf einem Ge-
biete ist sie fruchtlos geblieben, auf dem kirchenpolitischen Gebiete.
Das ist ein Unglück für das ganze Land, denn das religiöse Element
durchdringt alle Verhältnisse und besonders das deutsche Volk hat den
Ruhm, ein kirchliches Volk zu sein. Im Anfange der Session schon
hatte ich eine Anregung dazu gegeben, dem katholischen Volke wieder
seine kirchliche Freiheit wiederzugeben. Alle Versuche unsererseits
sind aber vergeblich geblieben und eine schmerzliche Enttäuschung
hat sich unserer und weiter Kreise der Bevölkerung bemächtigt. Es
ist daher vielleicht gut, daß unser Antrag gerade am Schlusse der Ses-
sion eingebracht wird, die Regierung nochmals um Erfüllung dessen
zu bitten, worum sie so oft und eindringlich gebeten worden ist. Wir
können vor das Land hinstreten und sagen: es ist nicht unsere Schuld,
daß wir mit leeren Händen kommen. — Das Haus hat im April
1883 eine Resolution gefaßt, in der es die Regierung um eine orga-
nische Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung ersuchte. Die Regierung hat dieser
Resolution in einer Weise Folge geleistet — es zeigt dies, daß die Regie-
rung nicht gewillt ist, der Noth der Katholiken abzuhelfen. Es ist hier
im Hause die Bemerkung gemacht, daß zu solchen Vorlagen eine Ver-
ständigung Noth thut. Ich sage, die Verständigung ist leicht, wenn die
Regierung nicht Ansprüche erhebt, die nicht erfüllt werden können.
Ueber die Verhandlungen mit Rom wissen wir ja nichts, wir können
nur Vermuthungen aufstellen. Nach meiner Meinung will die Regie-
rung keine Konzessionen machen; sie will das ganze Gerüste der kir-
chenpolitischen Gesetzgebung gegen uns aufrecht erhalten. (Sehr richtig! im Centrum.) Das
würde die Vernichtung der katholischen Kirche bedeuten und dazu können
und wollen wir, noch der heilige Stuhl mitwirken. (Beifall im Zen-
trum.) Es ist zunächst nothwendig, einen geordneten Zustand der
Seelsorge wieder herzustellen — das liegt im Interesse des Staates
und ist eine berechtigende Forderung des katholischen Volkes. Die Noth-
seelsorge, die der Staat eingeführt hat, genügt nicht; selbst wenn alle
Priester, die sich melden, angenommen wären, würde das Bedürfnis
nicht befriedigt. Aber man hat 178 zurückgewiesen mit dem Hinweis,
daß sie in Rom und Innsbruck ihre Studien gemacht haben. Dann
sind es Anstalten, die unter direkter Aufsicht des heiligen Vaters
stehen. Das ist ebenso, als wollte man evangelische Geistliche zurück-
weisen, weil sie unter Aufsicht des Berliner Oberkirchenraths studiren.
(Weiterlekt rechts und links. Beifall im Centrum.) Ja, ganz ebenso,
denn ich sage, Ihre Kirchenlehrer untergraben das kirchliche Element.
Sie lehren Staatsgefährlichkeit! (Weiterlekt.) Man sagt, in Innsbruck
lehren Jesuiten. Aber ich glaube, daß bald die Zeit kommen wird, wo
man, wie 1848, die geistlichen Missionen wieder herbeiführen wird — die
Sozialdemokratie wird den Jesuiten den Weg ebnen! (Widerspruch
links.) Dann hat man 120 zurückgewiesen, weil sie die kirchenpolitische
Gesetzgebung untergraben. Wäre es nicht besser, diese Mäntel ihrer Ueber-
zeugung zurückzuwerfen. Ich habe eine Befürwortung dieser Forderung
von den Nationalliberalen erwartet. (Weiterlekt.) Die Herren sind ja
für die Zurückführung politischer Verbrechen — katholischen Geistlichen
gegenüber ist's freilich etwas Anderes. Das sagte Gambetta, das
sagen alle Opportunisten, id est die Nationalliberalen. (Weiterlekt.)
Und mit diesen Herren will Herr v. Rauchhaupt sich jetzt affigiren.
(Weiterlekt.) Der Antrag Althaus vom vorigen Jahre forderte das
Freigeben der Sakramentspende; die Regierung hat auch diese, in
einem zivilisierten Staate natürlich Forderung nicht erfüllt. Unter heu-
tiger Antrag will nur die Regierung an die Ausführung jener Reso-
lution erinnern — ich hoffe im Interesse des kirchlichen Friedens auf
Annahme dieses Antrages! (Beifall im Centrum.)

Abg. v. v. Goltz: Wir haben wiederholt erklärt, daß wir die
Initiative zur Herbeiführung des Friedens in Bezug auf den geeigneten
Zeitpunkt der Regierung überlassen, wiewohl wir zur Herbeiführung des
Friedens gern unsere Hand reichen. Wir werden also gegen diesen
Antrag schon, um seiner allgemeinen Fassung willen, stimmen. — Der
Vordrucker hat gemeint, die Berliner Kirchenlehrer untergraben das
Christenthum. Den Beweis aber ist er schuldig geblieben.
Abg. v. v. Goltz: Die Erklärung der national-
liberalen Partei hat uns nicht überrascht, wir sind seit 13 Jahren
daran gewöhnt. Wenn die Partei die Initiative der Regierung er-
wartet, so geriet sie sich auch als Regierungspartei für die Zukunft.
(Weiterlekt.) Ich wünsche, daß diese heutige Verhandlung ein klares
Bild von den Zuständen giebt. Es muß sich zeigen, auf wen wir
rechnen können oder ob wir überhaupt auf jemand rechnen können.
Sind wir allein, ganz allein, so wird das den Muth unserer Partei
nur noch stärken! (Beifall im Centrum.) Als Abg. Windthorst
neulich seine Resolution im Reichstage einbrachte, erhob Herr Stöcker
Kompetenzbedenken. Ich bin begierig zu hören, was er heute sagen
wird. Das katholische Volk ist geknechtet, die Bischöfe an Händen und
Füßen gebunden. Wo überhaupt die Regierung uns entgegengekommen,
ist es im Interesse des Staates, nicht der Kirche geschehen. (Sehr
richtig! im Centrum.) Man hat die politischen Verbrechen von 1848
begnadigt, aber die Geistlichen, die gegen die kirchenpolitischen Gesetze
verstoßen haben, werden mit aller Strenge verfolgt. In der Diözese Trier hat man eine alte
Frau (hört, hört! im Centrum) zur Bürgermeisterin geschleppt, um
von ihr zu erfahren, wo ihr Sohn, der ein abgesetzter Geistlicher ist,
sich aufhält. Im Schulwesen hat sich Vieles gebessert, das erkenne ich
an, aber auf dem Gebiete der Schulinspektion bestehen noch sehr bedenk-
liche Erscheinungen. Wir haben oft auf die Gefahren hingewiesen,
welche der Kulturkampf für Staat und Gesellschaft mit sich bringt.
Man hat uns zwar vorgeworfen, wir schlagen aus der Sozialdemokratie
Kapital. Aber im Reichstage konnte die Regierung nicht genug Worte
für die Gefahr der Sozialdemokratie finden. Die Sozialdemokratie und

der Atheismus ist die Konsequenz der „modernen Wissenschaft“ (Weiter-
lekt links) oder besser des modernen Heidenthums. Im Reichstage hat
der Minister des Innern betont, daß die Bekämpfung der Sozialdemo-
kratie auf kirchlichem Boden erfolgen müsse. Und jetzt votirt man gegen
uns, da wir diese Forderung erfüllen wollen. Fürst Bismarck und Ab-
geordneter Bebel haben gemeint, auch in katholischen Ländern herrsche
die Sozialdemokratie und der Atheismus. Aber welchen Theorien
sind denn dort die Anarchisten entsprungen? Dem Nationalismus, dem
Jesuitismus, dem Götze der Freimaurerlogen! (Große Heiterkeit.)
Und hat Voltaire seine scheußlichen Theorien etwa dem katholischen
Katholizismus abgeschrieben? (Beifall im Centrum.) Man weiß eben,
daß wir Katholiken stets friedlich bleiben, deshalb schlägt man uns und
fährt die Revolutionären mit Glacéhandschuhen an. Herr v. Rauchhaupt
hat neulich in einer Versammlung Vorwürfe gegen das Centrum erhoben
und sich mit dem Heibelberger Programm einverstanden erklärt. (Abg.
v. Goltz: Ich rufe: Unrichtig!) Ja, das mag sein, aber dann
ist es wunderbar, daß dieser falsche Bericht in der „Kreuz-Ztg.“ er-
schienen ist. (Weiterlekt.) Ich weiß nicht, welche Folge diese Umar-
nungen haben werden; wir werden ja sehen, wenn sich Konervative
und Nationalliberalen in den Armen liegen, wer vor Schmerzen und
wer vor Freude weinen wird. (Große Heiterkeit.) Man liebt das
Spiel mit den zwei Majoritäten — das Centrum aber wird bei diesem
Spiele nicht mitthun. (Rufe links: Na, na!) Wir müssen freilich nach
solcher Ausrufung die Angriffe der Opposition erwarten, wie damals
nach unserem Antrage betr. das Sperrgesetz. — In Münster hat man
2 protestantische Beamte in einer katholischen Kirchenbehörde ange-
stellt. Sie sehen, unter welchen Gesetzen und welcher übelwollenden Anwen-
dung derselben wir stehen. Die Regierung läßt es auch ruhig ge-
schehen, daß in Italien die katholischen Propagandabücher konfisziert
werden, während früher wiederholt vom auswärtigen Ministerium Ein-
spruch gegen die italienische Regierung wegen ihres Auftretens gegen
den Papst erhoben worden. Wenn das geringste Standesinteresse ge-
fährdet erscheint, so erhebt sich Bismarck, hier, wo die heiligsten geistlichen
Interessen verletzt sind, schweigt Alles. Uns freilich macht das nicht
muthlos, denn wir wissen, unsere Kirche wird den Sieg haben. Ich
erwarte freilich, Sie werden unserem Antrage nicht zustimmen, denn
Sie haben Furcht vor der katholischen Kirche. Wir werden dann ernster
kämpfen, unsere Parole muß sein „Durch Kampf zum Sieg.“ (Beifall
im Centrum.)

Minister Goltz: Die letzte Rede hat gezeigt, daß man über
den Rahmen des Antrages hinausgehen will. Beide Redner der
Zentrumsparthei haben dem katholischen Volke klar machen wollen,
daß die Regierung die Schuld an den Zuständen trägt. (Beifall
links.) Die Regierung hat den Zeitpunkt noch nicht für gekommen
erachtet, die gewünschten Vorlagen einzubringen, der Antragsteller könne
auch heute nicht erwarten, daß die Regierung erkläre, in 6 oder in 12
Monaten werde sie diese Vorlagen einbringen. Sie wäre keine Regie-
rung mehr, wenn sie durch diesen Antrag sich zu solchem Zugeständnis
zwingen ließe. (Beifall.) Ich kann nur wiederholen, was ich in voriger
Session schon gesagt. Die Regierung muß sich klar werden, ob bei
geeigneten Zeitpunkten die Regierung mit oder ohne Mitwirkung der
Bischöfe eine organische Revision der kirchenpolitischen Gesetze vornehmen
könne. Abg. Windthorst meint, er wisse nicht, wie die Verhältnisse jetzt
liegen — wie kann er denn aber, wenn er selbst sich nicht klar über die
Sache ist, eine Erklärung von uns verlangen. (Beifall links.) Wenn wir
die Möglichkeit hätten, von Rom die gleiche Behandlung zu erfahren,
wie die anderen Staaten, so wäre eine gefällige Einigung sehr er-
leichtert. Als die Regierung die Nothseelsorge einführt, waren bald
12-1300 Pfarren zur Seelsorge berechtigt. Die Sperren sind auf-
gehoben, die Diözesen mit zwei Ausnahmen befreit, überall ist Abhilfe
geschaffen. Und da meint der Herr Vordrucker, daß Alles nur ge-
schehen ist aus Gegnerschaft gegen die katholische Kirche (hört, hört!
links.) Man wirft der Regierung vor, daß sie die früher bestraften
Geistlichen nicht anstelle. So liegt es nicht, nur muß vorher das Maß
ihrer Schuld festgestellt werden, bevor sie Anstellung erhalten. — Bei
der Anstellung verlangen wir nur, daß die Anstellung Suchenden drei
Jahre in dem Lande studirt haben, in dem sie amtiren wollen. Ich
hätte gewünscht, daß man sich beschwert, wenn Mißgriffe irgendwo ge-
schehen. Es ist aber nicht hübsch, mir die Sachen stets zu verschweigen
und dann hier vor dem Lande auszuspielen. (Beifall rechts.) Ich kann
versichern, daß die Regierung an ihrem Programm festhält, daß sie
ihrer Verantwortung sich bewußt ist und sich freuen würde, wenn sie
bald eine friedliche Einigung schaffen könnte. Die Grundlage hierzu
herbeizuführen, könnten am besten die Herren Windthorst und Schor-
lemer erreichen. (Beifall Beifall links und rechts.)

Abg. Graf v. Limburg-Stirum: Meine politischen Freunde
stehen auf dem Boden der Resolution vom 25. April 1883. Welcher
Eindruck aber würde erregt werden, wenn wir den vorliegenden Antrag
annehmen? Der Eindruck, daß die Regierung es veräumt habe, bis-
her im Interesse der katholischen Bevölkerung zu wirken. Dem ist aber
nicht so, denn die Regierung ist demütht gewesen, Abhilfe zu schaffen;
die Hindernisse, die sich der Ausführung entgegenge stellt haben, sind
nicht Seitens der Regierung erhoben worden. Es würde uns mit
Recht verübelt werden, wenn wir uns ohne Kenntniß des Aktenmate-
rials über die Verhandlungen ein Urtheil erlauben wollten, ob jetzt der
geeignete Zeitpunkt eingetreten. Da wir glauben, daß eine Resolution
wirksamer ist, als die Rede eines Abgeordneten, haben wir eine Reso-
lution entworfen, die in dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung
gipfelt. (Beifall rechts.)

Die von der konservativen Partei eingereichte Resolution
lautet: „in Erwägung, daß in der Resolution vom 25. April 1883
die Regierung bereits aufgefordert ist, falls die mit der Kurie schwe-
benden Verhandlungen einen Erfolg versprechen, einen Entwurf
wegen organischer Revision der kirchenpolitischen Gesetze vorzulegen,
in fernerer Erwägung, daß nach der Erklärung der Regierung dieser
Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, geht das Haus zur Tagesordnung
über.“

Abg. Dr. Mosler führt aus, daß die vorjährige Zulage-
gebung die Schäden der kirchenpolitischen Gesetzgebung nicht beseitigt,
auch dürfte man der katholischen Regierung nicht lössweise geben, was man ihr mit
einem Male genommen. Die katholischen theologischen Fakultäten
Preußens und Deutschlands ermöglichen, selbst wenn sie gut und
vollständig befreit sind, nur ein beschränktes Studium, deshalb müssen
die katholischen Theologen auch außerdeutsche Universitäten besuchen
dürfen. Es thut eine Reform in großem Stile Noth, eine kleine
kann nichts nützen! (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (Hagen): Der vorliegende Antrag hat den
Charakter einer Interpellation. Allgemein hat man den Eindruck, daß

der jetzige kirchenpolitische Zustand nicht haltbar ist. Wir leben in
einem Provisorium und das ist stets das Drückende. Man hat die
Gesetzgebung nicht aufgehoben, sondern hilft sich mit Disensen, für
die ja die Regierung ihre Grundlage haben wird, die das Volk aber
nicht versteht. Es zeigt sich wieder wie schlimm es ist, kirchenpolitische
Gesetze diplomatisch zu behandeln (Beifall im Centrum), die Folge
ist eine Opposition auf allen Gebieten. (Beifall im Centrum.)
Wunderbar ist es nur, daß das Centrum trotzdem mit den Konser-
vativen eine Jagdordnung gemacht und auch beim Unfallgesetz mit dem
Fürsten Bismarck geht. (Beifall.) Wir sind durchaus für organische
Revision der kirchenpolitischen Gesetze. Ich habe seinerzeit einen Antrag wegen der
Freigabe der Sakramentspende gestellt, er wurde abgelehnt. Da
bot Abg. Althaus dem Centrum den Blumenstrauch der Resolution —
der Strauch ist inzwischen verwelt, der Mai ist wieder gekommen und
das Centrum verlangt einen neuen Strauch. Aber man will die
Blumen nicht pflücken lassen. (Weiterlekt.) Die Resolution war ein
Wechsel ohne Zahlungsfrist oder vielmehr es war nur ein Wechsel-
formular. (Große Heiterkeit.) Formale Gründe haben uns damals
bewogen, gegen die Resolution zu stimmen, formale Gründe veran-
lassen uns auch heute dazu. Was soll organische Revision heißen?
Die Konservativen verstehen darunter vielleicht Aufhebung der Zivile-
he — da können wir doch nicht zustimmen. An wen ist die Resolution
gerichtet? An die Staatsregierung. Wer ist denn diese? Doch nicht
Herr v. Goltz allein; aber wer denn noch? Gehört Fürst Bismarck
noch dazu? Jedenfalls aber bedeutet dieser Antrag auf Neue ein
Vertrauensvotum für die Regierung und zu einem solchen liegt kein
Anlaß vor. (Beifall links.)

Die Diskussion wird geschlossen.
Abg. Dr. Windthorst: Die Diskussion hat gezeigt, daß ein-
müthig eine Aenderung des bestehenden Zustandes gewünscht wird.
Das ist für die nationalliberalen, für die konservativen, für die freisinnige
Partei geschehen. Nur die freikonserervative Fraktion hat sich in Schweigen
gehüllt; trotzdem möchte ich auch diese Partei von der Einmüthig-
keit nicht ausschließen. Diese Einmüthigkeit erfüllt mich mit der Hoff-
nung, daß bei einer Initiative das Haus zu einer Revision bereit sein
wird. — Der Herr Minister hat erklärt, daß die Regierungen bei ihren
früheren Erklärungen stehen bleiben. Ich aber kann nur wiederholen,
daß es an der Unbeugsamkeit der Regierung, gegenüber dem heiligen
Stuhle liegt, wenn Fortschritte in der Einigung noch nicht gemacht sind.
Die Kirche darf die Leitung ihrer Verhältnisse nicht aus der Hand geben;
wird diese Forderung von der Regierung konsequent, so wird die weitere
Einigung leicht sein. In anderen Fällen macht sie jede Einigung un mög-
lich. — Abg. v. Schorlemer hat gesagt, wie die Stimmung der katho-
lischen Bevölkerung gegenwärtig ist; wenn die Regierung in den einzelnen
Fällen nicht so zu mir gekommen sein. Der In-
teresse auf das Unrecht gegen die Propagandabücher entsprach dem Ge-
fühle aller Katholiken. Der Herr Minister hat gemeint, es seien doch
viele Fortschritte auf dem Gebiete der kirchlichen Verwaltung gemacht
worden. Ganz recht, ich habe auch nur gesagt, daß auf dem Wege der
Gesetzgebung in dieser Session nichts erreicht worden. Ich hatte gehofft,
der Minister würde sagen, da wir zu Konzessionen nun doch bereit
sind, so begnadigen wir die ganze Gesellschaft (Weiterlekt), statt dessen
kommt diese Mosaisarbeit, die nur Stöckwerk bleibt. Eine schwere
Beleidigung des heiligen Stuhles aber ist es, wenn man das Studium
in Rom und in Innsbruck nicht für genügend hält und Angehörige der
Seelsorgernoth 170 Kräfte aus dem Lande jagt! (Beifall im Centrum.)
Ich beklage tief, daß die konservativen Herren Uebergang zur Tages-
ordnung beantragt haben. Ich habe geglaubt, die Resolution von
1883 sei von den Konservativen ernst gemeint gewesen — Sie können
also meinen Schmerz begreifen, wenn ich durch den Antrag des Abg.
v. Limburg-Stirum, den ich zu meiner Freude wieder genesen im
Hause sehe (Weiterlekt), in meinem Glauben so getäuscht werde. Mein
Antrag soll nur ein Exzitatorium sein, kein Mißtrauensvotum und
Abg. Richter hat sogar ein Vertrauensvotum in meinem Antrage er-
blickt. Ich freue mich, daß Abg. Richter für seine Freunde im Allge-
meinen uns seine Unterstützung zugesagt hat. Mein Antrag will nur
die Initiative der Regierung in Bewegung setzen. Durch Annahme
desselben engagirt sich Niemand. Und deshalb bitte ich Sie, um An-
nahme meines Antrages! (Beifall Beifall im Centrum.)

Die Resolution der konservativen Partei wird gegen die Stimmen
der Rechten abgelehnt, ebenso und zwar in namentlicher
Abstimmung mit 168 gegen 116 Stimmen der Antrag Windthorst.
Dafür stimmten das Centrum, Polen, von den Konservativen die Abg.
v. d. Red, Sad, v. Gerlach, v. d. Marwitz.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.
L.-D.: Bericht über den Bau eines neuen Geschäftshauses für
die Abgeordneten, Petitionsberichte.

Schluß 4 Uhr.

Herrenhaus.

15. Sitzung.

Berlin, 17. Mai. Am Regierungstische: von Puttkamer,
Friedberg, v. Scholz u. A.

Der Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um
12 1/2 Uhr mit der Mittheilung, daß der Regierungspräsident v. Rampe,
Mitglied des Hauses für das Domstift Kumburg, am 15. d. Mts.
gestorben ist. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der Kommunal-
steuerkommission über das

Nothkommunalsteuergesetz.

Herr v. Redt empfiehlt den Kommissionsbeschluß, den Entwurf
unverändert in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung an-
zunehmen.

Oberbürgermeister Becker bedauert, daß die Kommission keinen
schriftlichen Bericht erstattet habe, bei der umfassenden Bedeutung des
Entwurfs sei es ihm unmöglich, allen Bestimmungen der Vorlage beizutreten,
die zwar durch die Beschlüsse des anderen Hauses ihren pro-
visorischen Charakter ganz verloren habe, aber auf der anderen Seite
nicht weit genug gebe, ja nicht einmal den Kommunen das Recht der
indirekten Besteuerung im Rahmen der Landesgesetzgebung beilege.
Die Beschlüsse in Ansehung der Besteuerung der Eisenbahnen hält
Redner für sehr bedenklich und geeignet, eine große Anzahl Gemeinden
besonders in der Rheinprovinz schwer zu schädigen; ebenso die zur
Vermeidung der Doppelbesteuerung getroffenen Bestimmungen. Redner
bittet um Zurückweisung des Entwurfs an die Kommission zur
schriftlichen Berichterstattung. (Zustimmung.)

Auch Graf zur Lippe kann die Vorlage aus den vom Vorredner entwickelten Gründen nicht gutheißen; da eine gründliche Beratung der Vorlage bei der allgemeinen Geschäftslage nicht mehr möglich sei, hält er es für das Beste, sie für jetzt zurückzuweisen und von der Regierung die Vorlegung eines anderen Entwurfs in der nächsten Session zu erbitten.

Nachdem Strudmann für den Entwurf, besonders im Interesse der neuen Provinzen, sich ausgesprochen, wird der Antrag Becker trotz des Widerspruchs des Referenten angenommen.

Darauf werden noch drei Rechnungsübersichten erledigt und die Novelle zum Zwangsversteigerungsgesetz nach der Fassung des Abgeordnetenbaues angenommen.

Nach der Tagesordnung sprechen die Herren Graf v. Arnim und v. Kleinfeld ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die Jagdordnung in dieser Session nicht mehr zu Stande kommen werde; dem Herrenhaufe könne man die Schuld für das Scheitern nicht beimessen.

Minister des Innern v. Puttkamer konstatiert, daß man bei der Unabwieslichkeit einer Verständigung aller Faktoren über die Vorlage auf deren Durchberatung werde verzichten müssen.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen.

Schluß 3 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

S. Berlin, 18. Mai. Der Kaiser, der sich bei der fast tropischen Hitze — Nachmittags 5 Uhr waren noch 23 Grad Reaumur im Schatten —, noch immer etwas ermüdet fühlt, verließ auch heute Vormittag sein Palais nicht und nahm das Diner allein ein; er wird noch vor Pfingsten nach Schloß Habelsberg übersiedeln und am 29. und 30. Mai ein Parade-Diner im Stadtschloß zu Berlin bezw. im neu restaurierten Marmorfaal des Residenzschlosses in Potsdam veranstalten.

Der national-liberale Parteitag, zu dem etwa 500 Mitglieder erschienen waren, wurde heute Mittag um 12 1/2 Uhr eröffnet und konstituierte sich unter dem Vorsitz des Abg. Hohrecht-Berlin als ersten, des Abg. Rieber-Freiburg in Baden als zweiten und des Abg. Oberstleutnant v. Wolff-Stuttgart als dritten Vorsitzenden. Nachdem Abg. Hohrecht die Versammlung begrüßt und die politische Thätigkeit, Ziele und Aufgaben der Partei entwickelt, verlas Abg. v. Benda die nachfolgende Erklärung:

Die national-liberale Partei hält an der Grundlage des Programms vom 29. Mai 1881 fest; sie steht in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich, sowie zu der ungeschmälerten Aufrechterhaltung der durch die Reichsverfassung verbürgten Rechte der Volksoberkeit. Sie wahrt ihre volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nach allen Richtungen hin; die Beziehungen mit anderen Parteien ist bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse ausgeschlossen. Sie begrüßt mit lebhafter Befriedigung die auf dem Boden jenes Programms stehende Heidelberger Rundgebung süddeutscher Parteigenossen vom 23. März d. J. Sie erblickt in derselben und in dem Anlange, welchen die Erklärung in den weitesten Kreisen gefunden, den erfreulichen Beweis für das in der Partei mit neuer Kraft erwachte politische Leben und für die Entscheidung und Energie, mit welcher die Parteigenossen in die Bewegung für die bevorstehenden Reichstagswahlen einzutreten entschlossen sind. Mit den national-liberalen Landesparteien Süddeutschlands theilt die Partei die Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Verbrechen in der Sozialdemokratie zur Zeit noch eine Nothwendigkeit war. Um so mehr erachtet sie es aber für geboten, die Reichsregierung in ihren auf die Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Klassen gerichteten Bestrebungen, vorbehaltlich einer sorgfältigen Prüfung der einzelnen Maßregeln, mit allen Kräften zu unterstützen. Sie wird vor Allem dafür eintreten, daß das Unfallversicherungsgesetz noch im Laufe dieser Session zu Stande kommt. Sie erwartet seitens der Gefinnungsgenossen in allen Theilen Deutschlands die gleiche Entscheidung und jene, den Gegenseitigen örtlichen Interessen überwindende Einigkeit, welche den Erfolg verbürgt. Sie fordert aller Orten die Parteigenossen auf, sich zu sammeln und bei den bevorstehenden Wahlen mit voller Hingebung ihre politische Pflicht zu erfüllen.

In der darauf folgenden Diskussion sind Böttger und Miquel als die Hauptredner zu bezeichnen, außer denselben ergreifen noch Rieber (Baden), v. Wolff (Württemberg), Aub (Bayern), Fries (Weimar) und Gensel (Leipzig) das Wort. Die Erklärung wurde alsdann einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser schloß die Versammlung gegen 4 Uhr.

S. M. S. „Elisabeth“, 19 Geschütze, Kommod. Kapit. z. S. Schering, ist am 16. Mai in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt am 21. Mai die Reise fortzusetzen.

Karlsruhe, 16. Mai. Die zweite Kammer hat bei der heutigen Beratung über die landwirtschaftliche Enquete alle auf Minderung der Gerichtskosten, der Anwaltskosten und der Kaufvertragskosten gerichteten Anträge angenommen.

Paris, 17. Mai. Dem „Temps“ zufolge hat v. Lesseps den Botschaftern und anderen europäischen Notabilitäten soeben einen Auszug aus dem Bericht vom 15. Mai 1860 mitgetheilt, um am Vorabend der Konferenz an den universellen Charakter des Suezkanals zu erinnern. — Wie dasselbe Journal erzählt, geht der Entwurf betreffend die Revision der Verfassung vor Allem dahin, aus der Verfassung das Senats-Wahlgesetz zu entfernen, um sodann dies Gesetz durch eine einfache gesetzgebende Maßregel ändern zu können; ebenso wolle man den Verfassungsartikel bezüglich der öffentlichen Gebete beseitigen. — Das „Journal des Debats“ versichert, die Verfassung werde auch in der Richtung abgeändert werden, daß eine Revision sich künftig nicht mehr auf die Regierungsform erstrecken könne.

London, 17. Mai. Die „St. James Gazette“ meldet, das Kabinet habe nach wiederholten Beratungen beschlossen, zu einer Expedition nach Khartum Vorbereitungen zu treffen und alles dazu Erforderliche sofort in Angriff nehmen zu lassen. Die Truppen sollen geraume Zeit vor dem Monat Oktober, sobald nur die Gewässer des Nil das Passiren kleiner Dampfer gestatten, also schon gegen Ende Juli abgeendet werden.

Petersburg, 17. Mai. Die internationale Gartenbau-Ausstellung wurde heute von dem Kaiser in Gegenwart der Kaiserin, der Großfürsten und Großfürstinnen, der Spitzen der Behörden und des diplomatischen Korps eröffnet. Der Kaiserin und den Großfürstinnen wurden von den Ausstellern prächtige Blumenbouquets überreicht. Der Kaiser und die Kaiserin verweilten längere Zeit in der brasilianischen Abtheilung, woselbst sie von dem ihnen dargebotenen Kaffee kosteten.

Tiflis, 16. Mai. Wie die Zeitung „Rawas“ aus Khabad gemeldet wird, ist unter den zahlreichen Deputationen

der turkmenischen Nomadenstämme, welche zur Anbiederung ihrer Unterwerfung unter das russische Szepter eintrafen, in Khabad in der Charwoche auch eine Deputation der in der Stärke von 10 000 Kibitzen nächst der Grenze von Afghanistan ansässigen Saryl-Turkmenen, erschienen, um die Ankunft des Fürsten Dondufow-Korsakow zu erwarten.

Der Landesverraths-Prozess

gegen
Krajewski und Gentsch.

** Leipzig, 16. Mai.

(Schluß.)

Ich habe dargelegt, daß die Mittheilungen über die Kriegsstärke, wie in den andern Fällen, nur durch Einsicht in sekreter Material möglich waren. Ich erinnere an die sechs Punkte, in denen Gentsch von Eberlein abweicht und die sich bezogen auf die Zahl der Offiziere, Zahlmeister und Aerzte, auf die Artillerie- und Munitionskolonnen u. s. w. Es ergab sich, daß sonst die Angaben Eberleins zum Theil richtig sind und auch mit denen Gentsch's übereinstimmen, nur hier sind bei Gentsch die Gruppierungen anders. Die Sachverständigen sagen, es lag für Gentsch kein Grund vor, sie zu ändern, wenn er nicht die Kriegsversorgungs-Etats eingesehen hätte. Wenn man fragt, wie soll er die Stats kennen, die doch streng sekretirt sind, so haben wir durch Herrn Oberstleutnant Wobbe den Beweis erhalten, daß trotz der strengsten Bemühungen, wichtige Resultate geheim zu halten, diese doch dem Publikum zugänglich werden können, wie dies bei einer Gelegenheit von Instruktionstheilung auf dem Kaiserhof in Dresden der Fall war. *)

Ich komme zum nächsten Thatbestandsmomente, das ist der Dolus der Angeklagten. Hier zunächst Krajewski.

Es liegt die Frage nahe: wie soll ich mir denn das erklären, daß ein Mann, ein alter Mann, der anscheinend ruhig auf der Nordstraße in Dresden literarischen Bestrebungen nachgeht, daß dieser Mann zu dem Verbrechen des Landesverraths kommt? Ich bin der festen Ueberzeugung, der Mann, der diese Frage stellt, er kennt das wirkliche Polenthum nicht. Ich behaupte ja nicht, daß die Art und Weise, wie Krajewski gehandelt hat, natürlich wäre. Die Wiederaufrichtung des Polenreiches in den Grenzen von 1772 — darüber dürfen wir uns nicht täuschen —, diese Wiederaufrichtung ist ein Axiom, das den Polen von der Wiege an eingeprißt ist. Es giebt eine Reihe von Polen, die anders denken, die resignirt die gegebenen Zustände tragen. Ich behaupte aber, daß Krajewski zu diesen Leuten nicht gehört, denn dann könnte er nimmermehr so auf den Schild des nationalen Enthusiasmus gehoben sein, wie er es in der That ist. Es ist festgestellt worden, daß vor 5 Jahren sein 50jähriges Dichterjubiläum gefeiert ist, da sind 20 000 Menschen gewesen, die 5 Tage lang den Mann gefeiert haben. Da sind hunderte von Deputationen empfangen worden. Da sind Geschenke im Werthe von 120 000 M., und da ist gefestigt worden das bekannte Gemälde von der polnischen Nation. Ein Mann, der so von seiner Nation gefeiert wird, kann nicht als seitlich abkehrend gedacht werden, wenn es sich um die Realisirung der Ideen der polnischen Nation handelt.

Krajewski ist kein Revolutionär im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Dazu ist er zu alt und zu reich an Erfahrung. Er hat die Erfahrung von drei blutigen, aber vergeblichen Revolutionen. Er weiß, daß mit dem Säbel in der Faust sich nichts erreichen läßt. Was er will, ist Gegenstand der Vernunftaufnahme gewesen. Er setzt an Stelle der Revolution die organische Arbeit. Sein Volk soll ein besseres werden als dasjenige, welches den Untergang der Polen verursacht hat. Er soll durch seine Arbeiten sein Volk zu einem andern erheben, als es früher war. Ich kann konstatieren, daß in seinen Denkschriften die Aufgabe, seine Landsleute zur Arbeit anzubahnen, oft ernst und mutig vertreten worden ist. Wie der Angeklagte über seine Landsleute denkt, das geht aus diesen Schriften hervor; es geht aber auch hervor, wie er über die Deutschen denkt und über die Franzosen, und ich meine, daß man aus seinen Schriften nachweisen kann, daß er von einem ebenso blinden Haß gegen alles Deutsche, wie von unversöhnlicher Liebhaberei für die Franzosen erfüllt ist.

In dieser Beleuchtung wird die Thatfache, die die Anklage nachweist, psychologisch erklärt. Die Antwort, die der Angeklagte auf die Frage giebt, wie er denn dazu gekommen ist, daß gethan zu haben, was man ihm vorhält, wirkt auf mich geradezu verblüffend. Ich registriere Thatfachen: Es handelt sich um den Aufmarsch der deutschen Armeen.

Man sollte meinen, es sei doch jedem Kinde klar, daß eine Arbeit darüber etwas ist, was das Land verräth. Ich brauche auf das, was die Herren Sachverständigen gesagt haben, gar nicht einzugehen. Bei dem Aufmarsch der Armeen handelt es sich um Tage; und wenn dieser Vorsprung von Tagen eintritt, ist der Erfolg des Feldzugs in Frage gestellt. Der Angeklagte sagt, er habe für Redaktionen gearbeitet; er sagt aber nicht, für welche. Ja, wenn er Zaleski ein- oder zweimal den Gefallen gethan hätte, ihn aus seiner Dürftigkeit zu retten durch Korrespondenzen, so ließe man sich das gefallen. Aber der Angeklagte ist ja zu allen Zeiten auf das Eifrigste bestrebt gewesen, diese Korrespondenzen ausreicht zu erhalten. Von Florenz, wo er, ein kranker Mann, darniederlag, schrieb er an Adler und bat diesen um Auskunft über das und jenes.

Man fragt weiter, wo kommen denn die großen Summen her, die Krajewski aufgewendet hat für die Korrespondenzen? Entweder hat er sie selbst erlegt, dann sind für seine loyale Gefinnung die Opfer zu groß; oder sie sind ihm von anderer Seite erstattet worden, dann fragt man allerdings, warum hat er sich niemals um die Person, die die Summen hergab, gekümmert? denn daß der selbst bedürftige Zaleski sie nicht geben konnte, ist wohl klar. Und von wem denn die Gelder gekommen sind, das hat uns der Angeklagte nicht gesagt.

Wenn er sagt, er sei sich der Wichtigkeit und Tragweite nicht bewußt gewesen, und habe mit Adler, als mit einem ungebildeten Manne, nicht in näherem Verkehr gestanden, so spricht dagegen der Brief an Adler, worin er diesen vertraulich zu Mittag einludet, um mit ihm Wichtiges zu besprechen. Daß er von der Wichtigkeit der Sache Kenntnis hatte, beweist der Brief, worin die Ausstellungen gemacht werden. Er zeigt, daß er nicht ein willenloses mechanisches Werkzeug war. Der gesammelte Briefwechsel ist jedoch offenbar nur ein Rest von dem, was vorgelegen hat. Die wichtigsten Briefe sind mit einem Aufwand von etwa 7000 Mk. aus der Welt geschafft worden. Was mag da alles darin gestanden haben!

Zeuge Bogdanowicz sagt, er habe die Notizen zu liefern abgelehnt, nicht, weil er es nicht mit seiner Ehre vereinbar hielt, sondern, weil er Indiskretionen fürchtete.

Nachdem Redner noch die Beziehungen zwischen Krajewski und Gentsch einer näheren Erörterung unterzogen, geht er zu der Frage über: Ob und inwieweit hat Gentsch mit dem erforderlichen Dolus gearbeitet? So weit sich die Thätigkeit des Angeklagten Gentsch auf die französische Regierung bezieht, läßt sich diese Frage ohne Weiteres bejahen. Soweit dagegen die Mittheilungen an die österreichische und

*) Um Mißverständnissen vorzubeugen, nahm bezüglich dieses Passus der Herr Ober-Reichsanwalt später noch einmal das Wort und gab die Erklärung ab, daß die fraglichen Instruktionen nicht durch sächsische Offiziere bekannt geworden sind, sondern daß im Dresdener Kaiserhof ein französischer Offizier den sächsischen Offizieren gegenüber sich über jene Instruktion als unterrichtet darstellte. Die sächsischen Offiziere gaben hiernach ihrem Vorgesetzten Mittheilung und durch diesen kam jener Umstand zur Kenntnis des preussischen Kriegsministeriums.

russische Regierung in Betracht kommen, ist der Dolus ein doppelter einmal, weil er sich bewußt war, daß die Arbeiten an fremde Regierungen übergingen, und dann, weil er wußte, daß sie staatsgefährlichen Inhalts waren. An die Spitze aber möchte ich die Mittheilung über das Sturmgeräth stellen. Es ist dies eine seiner letzten Arbeiten. Gentsch verlor die Sache so darzustellen, als habe er nicht gewußt, daß die Mittheilungen für eine ausländische Regierung bestimmt seien. Aus den beiden vorliegenden Briefen geht jedoch zur Evidenz hervor, daß Gentsch darum wußte, daß Adler Agent fremder Regierungen war; auch war er sich als früherer Offizier wohl bewußt, daß der Inhalt der Arbeiten über Pferdeaushebung und Fortifikation von Reich ein geheim zu haltender war.

Der Briefwechsel mit Adler ist zwar zum größten Theil vernichtet. Das Wenige aber, was uns davon geblieben, macht einen recht widerwärtigen und traurigen Eindruck, weil wir erleben müssen, daß ein Mann, der seinem König den Eid der Treue geschworen, diesen Eid schmachvoll bricht. Der Angeklagte mußte es sich sogar gefallen lassen, daß er sich von Adler sagen lassen muß: „ich glaube, es gäbe noch eine gewisse Spitzbuben-Ehrlichkeit, allein auch diese scheinen Sie nicht einmal zu besitzen.“ Daß der Angeklagte Gentsch sich der Tragweite seiner Handlungsweise vollständig bewußt war, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. Gentsch hat in allen Fällen Materialien geliefert, deren Geheimhaltung einer fremden Regierung gegenüber zum Wohle des deutschen Reiches geboten war. Daß sich Gentsch auch des versuchten Landesverraths schuldig gemacht hat, wird gewiß keinem Zweifel unterliegen.

Ich komme nun zur Stellung der Strafanträge. Von der Zubilligung mildernder Umstände kann keine Rede sein. Ich beantrage gegen den Angeklagten Gentsch eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust, gegen den Angeklagten v. Krajewski 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Während dieser Antrag auf den Angeklagten Krajewski scheinbar ohne Wirkung bleibt, zuckt Gentsch zusammen, und die Brust bebend, blickt er verzweifelt und erschreckt nach oben, und Thränen entströmen seinen Augen. Im Publikum macht sich eine tiefe Bewegung kund, die aber bald einer feierlichen Stille Platz macht, als sich der Verteidiger Dr. Sammler erhebt, um für seinen Klienten, Gentsch zu sprechen.

„Ein trauriges Bild hat uns die viertägige Verhandlung entrollt,“ so beginnt der Redner, „ein tief trauriges Bild in jeder Beziehung, besonders aber deshalb traurig, weil sie uns geigt hat, daß fremde Regierungen sich Mühe gegeben haben, Mittheilungen über militärische Einrichtungen unserer Armee zu erhalten, wodurch unser theures Vaterland verrathen wurde. Dessen ungeachtet aber könne er nicht zugeben,“ so fährt der Redner fort, daß sich sein Klient Gentsch in allen Punkten der Anklage des Landesverraths schuldig gemacht habe. Es sei zwar richtig, daß er dem Agenten Adler noch Material geliefert hat, als er schon wußte, daß dieser der Agent fremder Regierungen sei, aber die zur Verlesung gelangten Briefe Adlers an Gentsch beweisen, daß Gentsch nicht als Landesverräter, sondern als Verräther gehandelt hat. Thatsächlich hat er Adler dupirt und ihm nichts mehr Sekretes geliefert, als er wußte, daß er Agent der österreichischen und russischen Regierung sei. Und das habe ja auch schließlich die Denunziation herbeigeführt.

Der Redner verbreitet sich nun in fast 1 1/2 stündiger Rede des Näheren über die während der Verhandlung zu Tage getretenen Detailfragen. Nachdem er auf Grund seiner Darlegungen zu dem Antrage kommen zu müssen glaubt, daß Gentsch nur wegen zweier Anklagepunkte zu bestrafen sei, wendet sich derselbe dem Strafmass zu. Er schildert in lebhaften Farben die Verhältnisse, durch welche Gentsch zunächst in die Gesellschaft von Adler gerathen ist und wie er schließlich, von diesem hart bedrängt, zum Verbrechen, zum Verräther geworden ist, und bittet schließlich in bewegten Worten um Zubilligung mildernder Umstände.

Während Gentsch sich die Thränen trocken, die seinen Augen während der letzten Ausführungen des Verteidigers entströmten — der Angeklagte Krajewski bewahrt, wie er es während der ganzen Verhandlung gethan, die völlige Theilnahmslosigkeit —, eröffnet der Präsident noch einmal die Vernunftaufnahme. Es werden noch einmal mehrere militärische Detailfragen mit Unterführung der Sachverständigen erörtert und die Herren Majore Berthes, Erffling und v. Goller bekunden schließlich noch einmal und zwar übereinstimmend, daß Gentsch bei seiner Arbeit über den „Aufmarsch der Armeen“ den amtlichen Verpflegungsplan benutzt hat.

Es folgen noch kurze Replik und Duplik zwischen dem Vertreter der Reichsanwaltschaft und dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sammler, und gegen 12 1/2 Uhr Mittags tritt eine halbstündige Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhält Herr Rechtsanwalt Saul als Verteidiger des Angeklagten Krajewski das Wort. Dieser sagt:

Mit derselben Entrüstung, mit welcher der Herr Vertreter der Oberreichsanwaltschaft das Verbrechen des Landesverraths gebrandmarkt hat, mit derselben Entrüstung wendet sich die Verteidigung davon ab. Wenn ich für den Mann, der unter dieser Anklage des Landesverraths steht, trotzdem aber voll und ganz eintrete, so thue ich dies in der festen Ueberzeugung, daß er in seiner Beziehung zu den ihm zur Last gelegten Verbrechen steht. Wenn ich das vom Herrn Ober-Reichsanwalt Gesagte überblicke, so scheint es mir, er habe gemeint, „in der Beschränkung zeige sich der Meister“. Diese Meisterhaftigkeit kann ich für mich nicht in Anspruch nehmen. Ich kann mich wenig auf seine Ausführungen, die für den Beweis nur schwache Anhaltspunkte bieten, einlassen und halte mich an die Ergebnisse der Verhandlung selbst.

Meinem Klienten wird vorgeworfen, daß er Mittheilungen sekreter Natur, den Aufmarsch und die Dienstinstruktion zc. für Feld- und Reserve-Telegraphen-Abtheilung erhalten habe. Auf die militärischen Details will ich nicht eingehen, sie sind ja genügend erörtert. Es sind keine wichtige Punkte nicht erwiesen, daß nämlich die Mittheilungen sekret und daß Alles in die Hände Krajewski's gelangt sei. Es kann dem Angeklagten auch nicht nachgewiesen werden, daß er sich der Wichtigkeit der Mittheilungen bewußt gewesen ist. Zu der Frage nach dem Motive hebt der Staatsanwalt hervor, daß sie durch Nationalität ihre psychologische Lösung finde, und daß der Beweggrund, einem Freunde nur zu helfen, sehr unwahrscheinlich sei, wenn man bedenkt, daß sich der Angeklagte gesagt haben müsse, daß er sich und seine Familie dadurch in Gefahr bringe. Wann muß sich jedoch auf den Standpunkt der Polen stellen, man muß wissen, wie stets einer für den anderen mit Leib und Gut einzustehen bereit ist. z. v. Krajewski, als der Vertreter polnischer Literatur, steht einem ebensolchen Veteranen als Freund gegenüber. Seine Haltung und sein Handeln konnte als Pole gar kein anderes sein; er mußte seinem Freunde und Landsmann helfen, selbst wenn dies mit Opfern verbunden war.

Nach der Natur der Mittheilungen hätte es, wie der Herr Staatsanwalt ausführt, dem Angeklagten bekannt sein müssen, daß er sich durch Verleihen derselben ins Ausland des Landesverraths schuldig mache, es müsse dies schon dem Laien deutlich sein. Wir Alle, die wir diesem Prozesse beizuwohnen, haben jedoch gehört, daß über eine einzige Frage oft stundenlange Erörterungen nöthig waren, daß oft das Urtheil, ob sekret oder nicht sekret, selbst der Sachverständigen ein verschiedenes war, indem das Gutachten eines Regiments-Kommandos von dem des Kriegsministeriums abwich. Es muß also schon ein Mann mit militärischen Kenntnissen sein, der Arbeiten wie die, um welche es sich handelt, ohne Weiteres zu beurtheilen vermag. In seinen sämtlichen Romanen, die die statische Zahl von nicht 200, wie angegeben worden war, sondern von 600 erreichten, findet man auch nicht eine Zeile, aus der man schließen könnte, daß er militärische Kenntnisse besäße.

Nicht der Herr Staatsanwalt, der sich mehr mit der Person des Herrn v. Krajewski beschäftigt, sondern die Anklage stellt nun drei

Punkte auf. Was erfährt das hohe Honorar, das Kraszewski für die Arbeiten und Notizen gezahlt, anlangt, so dürfen wir hier nicht den Maßstab unserer deutschen Verhältnisse anlegen. Wir Deutschen geben und empfangen für Geistesprodukte nicht viel. Ganz anders ist es dagegen in Frankreich! Kraszewski selbst hat für seine Schriften enorme Summen empfangen, er war vermögend, und wird daher auch selbst nicht geizig haben. Was zweitens die Briefe betrifft, so werde ich auf Einzelheiten nicht eingehen. Der Charakter der Briefe muß allerdings auf den, der mit Befangenheit an sie herantritt, einen eigentümlichen Eindruck machen. Kraszewski sagt, und es ist dies keine Fabel, er habe kein Verständnis für die Sachen gehabt und sei nur ein mechanisches Werkzeug gewesen. Wenn dem der Brief vom 18. Juli 1879 entgegengehalten wird, in dem die gefährlichen Monita gemacht werden, so dient doch gerade dieser Brief dazu, zu beweisen, daß Kraszewski nur ein verständnisloser Abschreiber, ein Werkzeug war. Denn die Sachverständigen haben ja selbst betont, daß nur ein mit militärischem Detail hinlänglich vertrauter Offizier die Ausstellungen gemacht haben könne.

Wesentlich ist der Punkt, daß die Briefe nicht unterzeichnet sind. Das klingt allerdings gefährlich, läßt sich aber leicht erklären, wenn man die Stellung Kraszewski's zu Adler ins Auge faßt. Kraszewski war nicht immer der Landesverräter, als welcher er hier erscheint. Der Staatsanwalt hat ihm selbst eine feurige Schilderung seiner Verdienste und Erfolge gewidmet, er hat gezeigt, wie er von Tausenden verehrt und abgöttisch verehrt wurde. Die höchsten Kreise der Aristokratie rechneten es sich zur Ehre an, mit ihm zu verkehren, und ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich sage, daß er sogar in freundschaftlichen Beziehungen zu gekrönten Häuptern stand. Wenn er sich nun einmal durch seine Freundschaft zu Jaleski hatte hinreißen lassen, sich herabzulassen, mit einem so schmutzigen und gemeinen Menschen, wie Adler war, zu verkehren, so leuchtet wohl ein, daß er nicht gern seinen Namen unter Briefe an jenen schreiben mochte.

Nachdem er die Ueberzeugung erlangt, daß er Gefahr laufe, bricht er die Verbindung mit Adler ab. — Selbst wenn man aber dies alles nicht für wahr hält und an meinen Annahmen zweifelt, scheint mir trotzdem eine Verurteilung aus dem Grunde nicht möglich, weil es am Beweise mangelt, daß die Sachen wirklich an die französische Regierung gelangt sind.

Seider steht zu befürchten, daß durch gewisse höhere Inspirationen auf den hohen Gerichtshof einzuwirken versucht wird.

Präsident: Sie wollen doch hiermit nur andeuten, daß eine unwillkürliche Einwirkung stattfinden kann?

Verteidiger: Selbstverständlich. Wenn es einen Idealismus im Verbrechen giebt, so hat Kraszewski mit Hintanfegung seiner Ideale, von denen er selbst sagt, sie seien wenig idealer Natur, gehandelt. In dieser Beziehung kann ihm kein schöneres Zeugnis gegeben werden, als es der Staatsanwalt that. Wenn er aber sagt, daß die Gerechtigkeit eine Augenbinde trage, so braucht doch die Milde des hohen Gerichtes nicht ausgeschlossen zu sein. Wie der Staatsanwalt hervorheben hat, ist das Wort Zuchtthaus ein böses Wort. Durch diese Strafe würde nicht nur Kraszewski, sondern die ganze polnische Nation getroffen. Durch die vorgeführten Gründe bitte ich daher um Zugeständnis von Milderungsgründen in meinem Namen, im Namen der polnischen Nation.

Dr. Freiber v. Sedendorf: Ich will nur noch bemerken, daß der Brief des Reichsanwalts nicht, wie einige Zeitungen schreiben, an mich, sondern an den Kriegsminister gerichtet war. Dieser hat ihn mir zum beliebigen Gebrauch bei der Hauptverhandlung überliefert und der hohe Gerichtshof hat auf Grund des § 255 der Strafprozeßordnung die Verlesung des Briefes beschlossen. Es ist gegen dies Schreiben eingewendet worden: es sei nicht unter Beweis gestellt gewesen. Ich erwidere darauf bloß, daß das Schreiben von dem großen Manne ausgeht, der stets auf der Warte des deutschen Reiches und des europäischen Friedens gestanden hat. Die Wichtigkeit des in dem Schreiben Mitgetheilten dürfte daher nicht zu bezweifeln sein.

Ueber das Strafmaß will ich nicht weiter sprechen, sondern dies dem Ermessen des hohen Gerichtshofes anheimstellen. Ich möchte bloß noch bemerken: ich achte jedes Nationalgefühl, wenn es auch für eine Nation empfinden wird, die keinen selbständigen Staat mehr bildet. Das Nationalgefühl ist mir bedeutend lieber als die Internationalität, die alle Schranken der Nationen durchbrechen will. Allein dieses Nationalgefühl kann dem Angeklagten Kraszewski nicht zu Gute kommen. Er hat ein Land an eine feindliche Macht verrathen, dessen Gutsfreundschaft er genießt und unter dessen Schutze er steht. Ein solcher Mann aber ist ein gemeiner Landesverräter.

Es folgen noch kurze Bemerkungen des Staatsanwalts Treplin und des Verteidigers Dr. Sammler. Und nun erhält der Angeklagte Gentich noch das Wort. Der Angeklagte hat nur Weniges zu sagen: „Herr Präsident, ich habe schwere Sünden begangen, die eine schwere Sühne erheischen. Ich bitte jedoch den hohen Gerichtshof, meine traurigen Verhältnisse, in die ich unverschuldet gerathen bin, sowie ferner den Umstand in Erwägung zu ziehen, daß ich Alles aufgegeben habe, um die Verbindung mit Adler wieder zu brechen. Ich bitte Sie, meine Herren Richter, verurtheilen Sie mich zu einer hohen Strafe, denn diese habe ich verdient. Sünden Sie mich aber nicht ins Zuchtthaus, sondern verurtheilen Sie mich zu einer hohen Festungstrafe.“

Präsident: Herr v. Kraszewski! ich ertheile Ihnen das Wort. — v. Kraszewski: Ich vertraue auf die deutsche Gerechtigkeit und habe sonst den Ausführungen meines Verteidigers nichts hinzuzufügen.

Der Präsident theilt nun mit, daß die Verurteilung des Urtheils Montag Mittag 12 Uhr stattfinden wird.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 19. Mai.

— Die wegen Raummangel zurückgestellte Ziehungsliste der sächsischen Lotterie werden wir im heutigen Abendblatt bringen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Newyork, 17. Mai. Die heutige Börse eröffnete mit einer weiteren Besserung der Kurse, die um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ pSt. stiegen. Später gingen dieselben jedoch wieder um $\frac{1}{2}$ bis 1 pSt. zurück.

Newyork, 17. Mai. Die Börse schloß in sehr fester Haltung. Die Situation erscheint überhaupt wesentlich gebessert.

Newyork, 18. Mai. Der Betrag der gestern eingelösten Bonds aller drei Serien beläuft sich auf nur 323,000 Dollars. Die Stimmung am Delmarkt bessert sich. — Der Werth der Waareneinfuhr der letzten Woche betrug 8½ Millionen Dollars, darunter 1½ Millionen Manufakturwaaren; die Ausfuhr an Rohstoffen im April betrug 12½ Millionen Dollars, was eine geringe Abnahme gegenüber dem April 1883 ergibt.

Telegraphische Nachrichten.

Warschau, 18. Mai. [Priv.-Tel. d. „Pos. Ztg.“] Gegenwärtig tagt hier eine Konferenz von Vertretern der russischen Südwestbahnen und der Linie Marienburg-Mlawka zwecks Regelung der Transporttariffrage im deutsch-russischen Eisenbahnverbande. — Der Gesundheitszustand des General-Gouverneurs Gurko hat sich erheblich gebessert.

Breslau, 18. Mai. Prof. Dr. Göppert ist heute früh gestorben.

Petersburg, 17. Mai. Se. R. Hoheit Prinz Wilhelm von Preußen nebst Gefolge ist heute Nachmittag um 5 Uhr 55 Minuten wohlbehalten hier eingetroffen, auf dem Bahnhofe von den Großfürsten, den Spitzen der Behörden und dem Personal der deutschen Botschaft empfangen. Der deutsche Botschafter, Generalleutnant v. Schweinitz, war dem Prinzen Wilhelm entgegengefahren. Die Begrüßung zwischen Sr. R. Hoheit und den Großfürsten war eine sehr herzliche. Auf dem Perron des Bahnhofs machte eine Ehrenkompanie vom Semednowschen Leibgarderegiment mit Fahne und Musik die militärischen Honeurs. Der Prinz fuhr sodann nach dem Winterpalais, wo sein Absteigequartier ist. Die Straßen, welche der Prinz passirte, sind mit Flaggen geschmückt und ein zahlreiches Publikum begrüßte den hohen Gast des kaiserlichen Hauses mit lebhaften Zurufen der Sympathie. — In Wirballe war zum Empfange als Ehrenwache eine Eskadron des kurländischen Leibdragoner-Regiments mit dem Trompeterkorps und der Standarte aufgestellt gewesen. — In Begleitung des Großfürsten Wladimir im Winterpalais angelangt, wurde Prinz Wilhelm daselbst vom Kaiser empfangen, aufs Herzliche begrüßt und in seine Appartements geleitet. Hier empfing Prinz Wilhelm alsbald den Besuch sämtlicher hier anwesender Mitglieder des kaiserlichen Hauses. Bald darauf begab sich der Prinz zur Familientafel nach dem Antischlow-Palais, woselbst die Kaiserin und die Großfürstinnen versammelt waren. Den Ehrendienst bei dem Prinzen hat Generalmajor à la suite Graf Lambsdorff, die Ordnonnangen stellt das Petersburger Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm, dessen Uniform Seine I. Hoheit bei seinem Eintreffen hieselbst trug. Der Botschafter, Generalleutnant von Schweinitz, Generalleutnant von Werder und Graf Herbert Bismarck waren dem Prinzen Wilhelm bis Gatschina entgegengefahren.

Petersburg, 18. Mai. Prinz Wilhelm besuchte heute früh die Kirche der Peter-Paul-Festung und legte am Grabe Kaiser Alexanders II. einen Kranz nieder. — Im Laufe des Vormittags machte der Prinz den Botschaftern seinen Besuch. Das Diner nimmt der Prinz heute bei dem deutschen Botschafter. — Der Kaiser hat Se. R. Hoheit den Prinzen Wilhelm zum Chef des 85. Wyborgschen Infanterie-Regiments ernannt. Besteres hat fortan den Namen Sr. R. Hoheit zu führen.

Um 12½ Uhr erschienen die Majestäten im Winterpalais, woselbst Prinz Wilhelm dem Großfürsten-Thronfolger die Insignien des Schwarzen Adler-Ordens überreichte. — Alsdann erfolgte die Aufspahrt zur Feier der Großjährigkeits-Erklärung des Großfürsten-Thronfolgers. Nachdem das diplomatische Korps und die übrigen geladenen Gäste sich in der Palastkirche versammelt hatten, begaben sich die Majestäten, der Thronfolger und die fürstlichen Gäste, darunter die Königin von Griechenland, die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Wilhelm, sowie die Mitglieder der kaiserlichen Familie in feierlichem Zuge dorthin. Prinz Wilhelm ging zwischen der Großfürstin Xenia und dem Großfürsten Wladimir. Hierauf leistete der Großfürst-Thronfolger den Eid, treu zu bleiben dem Kaiser und dem Vaterlande und die gesetzmäßige Thronfolge-Ordnung zu bewahren. Während der Eidesleistung ertönten 301 Kanonenschüsse. Aus der Kirche begab sich der Zug nach dem St. Georgsaale, wo der Thronfolger auf die Standarte des Leibgarderegiments, dessen Helm er ist, den militärischen Treueid leistete. Nach der Feierlichkeit zogen sich die Majestäten und die fürstlichen Gäste in die inneren Gemächer zurück. Der Thronfolger nahm inzwischen die Glückwünsche der Großwürdenträger, der Generalität und des Offizierkorps entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: S. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m. Höhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
17. Nachm. 2	754,5	W mäßig	trübe	+21,9
17. Abds. 10	753,9	S schwach	wolfig heiter	+16,0
18. Morgs. 6	753,8	SE mäßig	heiter	+14,5
18. Nachm. 2	751,5	SE lebhaft	wolfig heiter	+26,1
18. Abds. 10	750,8	SE schwach	wolfig heiter	+18,6
19. Morgs. 6	749,3	SE schwach	heiter	+16,7

Am 17. Mai. Wärme-Maximum: +24°5 Cels.

Wärme-Minimum: +13°3 „

Am 18. „ Wärme-Maximum: +29°2 „

Wärme-Minimum: +12°5 „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Mai Morgens 2,14 Meter.
„ 19. „ Morgens 2,00 „

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 17. Mai. (Schluß-Course.) Ziemlich fest. Für amerikanische Bonds, welche lebhaft und höher, lagen bedeutende Kaufordres vor.

Lond. Wechsel 20,437. Pariser do. 81,11. Wiener do. 167,55. R.-M. S.-M. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 109½. R.-M.-Pr.-Anth. 126½. Reichsanl. 103. Reichsbank 146½. Darmst. 154½. Meining. Rf. 94. Detsch.-ung. Bank 715,25. Kreditaktien 265½. Silberrente 68½. Papierrente 67½. Goldrente 85½. Ung. Goldrente 77½. 1860er Loose 121½. 1864er Loose —. Ung. Staatsl. 221,00. do. Obl. Obl. II. —. Böhm. Westbahn 262½. Elbabethb. —. Nordwestbahn 162½. Galizier 239½. Franzosen 265½. Lombarden 130½. Italiener 95½. 1877er Russen 94. 1880er Russen 76½. II. Orientanl. —. Centr.-Pacifc —. Diskontokommandit —. III. Orientanl. 60½. Wiener Bankverein 91½. 5% österreichische Papierrente 80½. Buschereber —. Cuxhavener 65½. Gotthardbahn 110½. Türlen 9. Lübeck-Büchener 104½. Tabaksaktien —.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Effekten-Societät. (Schluß.) Kreditaktien 264½. Franzosen 265½. Lombarden 129½. Galizier 239½. Cuxhavener 64. 4proz. ungar. Goldrente 77. 1880er Russen —. Gotthardbahn 109½. Tabaksaktien —. Marienburger —. Dresdener Bank —. Bahnen —. Diskontokommandit 206½. Still.

Wien, 17. Mai. (Schluß-Course.) Spielpapiere und Renten erhöht.

Papierrente 80,52½. Silberrente 81,20. Deherr. Goldrente 101,67. 6proz. ungarische Goldrente 122,60. 4proz. ungar. Goldrente 82,22½. 6proz. ungar. Papierrente 88,75. 1864er Loose 124,00. 1860er Loose 136,50. 1864er Loose 173,75. Kreditlose 177,00. ungar. Prämien 116,80. Kreditaktien 316,80. Franzosen 317,00. Lombarden 144,00. Galizier 285,75. Rask.-Oderb. 149,25. Nordbayer 151,50. Nordwestb. 182,75. Elisabethbahn 234,50. Nordbahn 251,00. Deherr. —. Ung.-Bank —. Türlische Loose —. Unionbank 108,80. Anglo-Austr. 114,00. Wiener Bankverein 109,40. Ungar. Kredit 316,75. Deutsche Plätze 59,70. Londoner Wechsel 122,00. Pariser do. 48,40. Amsterdam do. 101,15. Napoleons 9,67. Dufaten 5,73. Silber 100,00. Marknoten 59,70. Russische Banknoten 1,24. Bemberg-Garnowitz —. Kronpr.-Rudolf 181,00. Franz-Josef —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbtalb. 192,00. Tramway 218,50. Buschereber —. Deherr. 6proz. Papier 96,00. Tabaksaktien —.

Paris, 17. Mai. (Schluß-Course.) Matt.

6proz. amortisirt. Rente 79,40. 3 prozent. 78,30. 4½ prozentige Anleihe 107,47½. Italienische 6proz. Rente 96,32½. Deherr. Goldrente 84½. 6proz. ungar. Goldrente —. 4proz. ungar. Goldrente 77½. 5proz. Russen de 1877 97½. Franzosen —. Lombard-Eisenbahn-Aktien 318,75. Lombard. Prioritäten 304,00. Türlen de 1885 8,72½. Türlenloose 44,75. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 335,00. Spanier neue 61½. Suezkanal-Aktien 206½. Banque ottomane 657. Credit foncier 1310. Egypter 316,00. Banque de Paris 870. Banque d'escompte 537,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,17½. 6proz. Rumänische Anleihe —. Fond. Egyptien 520,00. 5½ Priv. Türl. Oblig. 379,03. Tabaksaktien 574,06.

London, 17. Mai. Consols 101½. Italienische 6proz. Rente 96, Lombarden 124½. 6proz. Lombarden alte 12½. 6proz. do. neue —. 6proz. Russen de 1871 91½. 6proz. Russen de 1872 91½. 6proz. Russen de 1873 92½. 6proz. Türlen de 1885 8½. 4proz. Türl. Anleihe 120½. Deherr. Silberrente 68½. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76½. Deherr. Goldrente 84. Spanier —. Egypter neue 64½. do. unif. 64½. Ottomankbank 16½. Preuss. 4proz. Consols 102½. Ruhig. Amerikaner bewegt.

Suez-Aktien 83½. Silber 50½.

Platzdiskont 1½ pSt.

Produkten-Kurse.

Böln, 17. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,50, fremder 19,00, per Mai 18,05, per Juli 17,90, per Novbr. 18,00. Roggen loco hiesiger 15,00, per Mai 14,35, per Juli 14,45, per Novbr. 14,45. Hafer loco 15,75. Rübsöl loco 31,00, per Mai 30,00, pr. Okt. 29,20.

Bremen, 17. Mai. Petroleum (Schlußbericht.) Besser. Standard white loco 7,40, per Juni 7,45, per Juli 7,55, per August 7,70, per Aug.-Dez. 7,85 a 7,90. Alles bz. u. Käufer.

Wien, 17. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen per Mai-Juni 9,70 Gd. 9,75 Br., per Herbst 9,92 Gd., 9,97 Br. — Roggen per Mai-Juni 8,13 Gd., 8,18 Br., per Herbst 8,00 Gd., 8,05 Br. — Hafer per Mai-Juni 6,90 Gd., 6,95 Br., per Juli-August 7,00 Gd., 7,05 Br. — Hafer per Mai-Juni 8,25 Gd., 8,35 Br., pr. Herbst 6,98 Gd., 7,03 Br.

Wien, 1. Mai. (Produktenmarkt.) Weizen loco höher, per Herbst 9,60 Gd., 9,62 Br. — Hafer per Herbst 6,50 Gd., 6,52 Br. — Hafer per Mai-Juni 6,32 Gd., 6,33 Br. — Rohraps per August-Septbr. 13½ a 14. Wetter: Trübe, windig.

Paris, 17. Mai. Produktenmarkt (Schlußbericht.) Weizen rubig, per Mai 23,10, per Juni 23,40, per Juli-August 23,60, per Septbr.-Dezember 23,90. — Roggen rubig, per Mai 16,25, per Septbr.-Dez. 17,00. — Rbl 9 Marques fest, per Mai 46,60, per Juni 47,10, per Juli-August 48,25, per Septbr.-Dezbr. 49,50. — Rübsöl rubig, per Mai 67,00, per Juni 68,00, per Juli-August 69,25, per Septbr.-Dezbr. 71,25. — Spiritus rubig, per Mai 44,75, per Juni 45,00, per Juli-August 45,50, per Sept.-Dez. 46,00. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 17. Mai. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18½ bez. und Br., per Mai — Br., per Juni 18½ Br., per Juli 19 Br., Septbr.-Dez. 20½ Br. Steigend.

Marktpreise in Breslau am 17. Mai.

Festsetzungen der städtischen Markt Deputation.		gute		mittlere		geringe	
		hohes	Nieder	hohes	Nieder	hohes	Nieder
Weizen, weißer	pro	20 20	19 20	18 —	17 8½	16 80	16 50
do. gelber	pro	18 40	17 50	17 —	16 50	16 —	15 50
Roggen	100	15 70	15 50	14 80	14 50	14 30	14 10
Gerste	16	14 80	14 20	14 —	13 70	13 20	13 20
Hafer	Kilog.	15 60	15 40	15 20	14 90	14 50	14 20
Erbsen	19	18 —	17 50	16 50	16 —	15 50	15 50

Kartoffeln, pro 50 Kgr. 3,20—3,25—3,30—3,75 Mark, pro 100 Kgr. 6—6,50—7—7,50 Mark, pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Kgr. 3,30—3,70 Mark. — Stroh, per Schock à 600 Kgr. 23,00—27,00 Mark.

Breslau, 17. Mai. (Antlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 2000 Kilogr.) etwas matter. Gef. 1000 Centner. Abgelaufene Rübungsseime —, per Mai 156 Br. 155 Gd., per Mai-Juni 152,50 Br. Gd., per Juni-Juli 152,00 bez. Br., per Juli-Aug. 151,00 Br., per August-September —, per Sept.-Oktober 148,00 bez. Gd. Br. — Weizen Gefündigt — Centner, per Mai 187 Br. — Hafer Gefündigt — Centner, per Mai 146 Gd., per Mai-Juni 146 Gd., per Juni-Juli 146 Gd. — Raps Gefündigt — Centner, per Sept.-Oktober 250 Br. — Rübsöl —, Gefündigt — Centner, loco 60,50 Br., per Mai 58,50 nominell, per Mai-Juni 57,00 Br., per September-Oktober 56,00 Br. — Spiritus höher, Gefündigt 25,000 Liter, per Mai 49,20 bez. Gd., per Mai-Juni 49,20 bez. Gd., per Juni-Juli 49,60 Gd., per Juli-August 50,50 Br., per August-September 51,00 Br., per September-Oktober 50,50 Br., per Oktober-November —. Zink (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börse-Kommission.

Stettin, 17. Mai. [An der Börse.] Wetter: Bewölkt. + 17° Reaumur. Barometer 28,1. Wind: SW. Weizen matter, per 1000 Kilogramm loco gelber und weißer 162 bis 179 M., per Mai, per Mai-Juni 177,0 M. bez. Br. und Gd., per Juni-Juli 179 M. bez., per Juli-August 179 M. Br., per September-Oktober 180,5—180 M. bez., Br. und Gd. — Roggen matter, per 1000 Kilogramm loco inländischer 142 bis 145 M., russischer 147—150 M., per Mai und per Mai-Juni 141—140,5—141 M. bez., per Juni-Juli 141—140,5—141 M., bez., per Juli-August 141,5 bis 140,5 bis 141 M. bez., per September-Oktober 140,5—140 M. bez., Br. und Gd., per Oktober-November 140,5—140 M. bez. — Sommergetreide und Wintererbsen ohne Handel. — Rübsöl höher gehalten, per 100 Kilogramm loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 59 M. Br., per Mai 57 M. Br., per Sept.-Oktober 55 M. Br. — Spiritus höher, per 10,000 Liter-vSt. loco ohne Faß 49,5 M. bez., per Mai und per Mai-Juni 49,3—49,6 M. bez., per Juni-Juli 49,8 M. Br. und Gd., per Juli-August 50,6 M. Br. und Gd., per August-September 51,2 M. Br. und Gd., per Sept.-Oktober 50,5 M. Br. und Gd. — Angenehmer: 1000 Zentner Weizen, 2000 Ztr. Roggen, 10,000 Ztr. Spiritus. — Regulirungspreise Weizen 177 M. Roggen 141 M., Rübsöl 57 M., Spiritus 49,5 M. — Kartoffelmehl prima 2½—2¼ M. per 100 Kilo Brutto inkl. Sad, secunda do. 19 M. Br. — Petroleum loco 8,05 M. trans. bez. Regulirungspreis 8,50 M. trans., alte Usanz 8,35 M. trans. bezahlt.

Victoria-Theater.

Montag: **Nanon.**

Direction.

